

HEUSS-FORUM
1/2019

Claudia C. Gatzka

Praktiken der „Demokratie“.
Über ein Problem politischer
Kommunikation nach 1945

Theodor-Heuss-Kolloquium 2019
Democracy Revisited. Praktiken, Ordnungen
und Begrenzungen der liberalen Demokratie
von den 1940er Jahren bis zur Gegenwart
10.–11. Oktober 2019

In Kooperation mit der
Akademie für Politische Bildung Tutzing



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Claudia C. Gatzka

Praktiken der ‚Demokratie‘. Über ein Problem politischer Kommunikation nach 1945

Was sind demokratische Praktiken? „Praxis“ als analytischer Begriff der Politikgeschichte verweist auf die Alltagsdimension von Politik, auf direkte soziale Interaktion zwischen Menschen, in die das Politische in irgendeiner Weise eingelassen ist oder hineingelesen werden kann. Politische Praktiken sind regelmäßige und regelhafte Handlungen, die auf das Politische bezogen sind oder politische Wirkung entfalten.¹ Doch wann genau verdienen sie das Attribut „demokratisch“, und wer bestimmt zu welchem Zeitpunkt darüber?

Überblickt man historische Perioden über einen längeren Zeitraum oder vergleicht unterschiedliche Räume zum selben Zeitpunkt, sind viele Praktiken, die in westlichen Gesellschaften gemeinhin als demokratisch gelten, nicht scharf von nicht-demokratischen oder nicht liberal-demokratisch intendierten Praktiken abgrenzbar. Wahlen und Abstimmungen etwa, die basalen Partizipationstechniken repräsentativer wie direkter Demokratien, gab und gibt es auch in den Diktaturen und autoritären Systemen des 20. Jahrhunderts sowie in parlamentarischen Monarchien.² Auf Demonstrationen und Umzüge setzten in der Geschichte der Demokratie nicht nur linke oder progressive Bewegungen, sondern auch

die politische Rechte, ja bisweilen auch Monarchisten. Die jüngsten Entwicklungen zeigen noch einmal eindrücklich, dass Protest eine universale Kulturtechnik darstellt, die nicht notwendig an die Manifestation liberaler Werte gebunden ist.³ Sich durch Zeitungslektüre politisch zu informieren – eine Kardinaltugend des demokratischen Bürgers, wie ihn die politische Bildung nach 1945 formen wollte⁴ – war ebenfalls eine Praxis, die Deutsche auch in der Diktatur besonders intensiv betrieben. Unter den Bedingungen der Medienlenkung schien der diversifizierte Medienkonsum besonders geboten, um sich eine eigene Meinung zu bilden – das hat die historische Forschung inzwischen für das Alltagsleben im „Dritten Reich“ wie in der DDR herausgearbeitet.⁵

Was also kann in analytischer Hinsicht als ‚demokratische Praxis‘ gelten, wenn das Wählen, das Demonstrieren, das Diskutieren, das Protestieren – unter spezifischen Bedingungen freilich, aber dennoch als Teil der sozialen Lebenswelt – zum Repertoire auch autoritärer Regime oder anti-demokratischer Bewegungen gehörten? Für die Geschichtswissenschaft, der es nicht um letztgültige Definitionen geht, sondern um die Analyse historischer Variabilität im Umgang mit wiederkehrenden politischen Grundproblematiken, sollte das Ziel sein, die eingangs gestellte Frage heuristisch fruchtbar zu machen: Was als „demokratische“ Praxis galt und was nicht,

¹ Vgl. Lucas Haasis/Constantin Rieske (Hg.), *Historische Praxeologie. Dimensionen vergangenen Handelns*, Paderborn 2015.

² Vgl. Ralph Jessen/Hedwig Richter (Hg.), *Voting for Hitler and Stalin. Elections Under 20th Century Dictatorships*, Frankfurt/New York 2011.

³ Vgl. Philipp Gassert, *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Stuttgart 2018.

⁴ Siehe etwa: Hannah Vogt, *Wer die Wahl hat...*, 3.-5. Aufl. Berlin 1957, S. 13.

⁵ Vgl. Janosch Steuwer, „Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse“. *Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern, 1933–1939*, Göttingen 2017, S. 397–431; Franziska Kuschel, *Schwarzhöher, Schwarzseher und heimliche Leser. Die DDR und die Westmedien*, Göttingen 2016.

und welche Praktiken nicht mit dem Attribut des Demokratischen versehen wurden, obwohl sie aus heutiger analytischer Perspektive durchaus als demokratisch zu bezeichnen wären – das können geschichtswissenschaftliche Fragen sein, die den Umstand ernstnehmen, dass Demokratie stets ein umstrittenes, ja widersprüchliches Konzept war.⁶

Auch in der Nachkriegsdemokratie, auf deren Erbe sich heutige Krisendiagnosen berufen, kam es zu Deutungskämpfen darum, was demokratische Praktiken eigentlich seien und welche Praktiken überhaupt als ‚demokratisch‘ zu gelten hatten. Sie waren Gegenstand politischer Kommunikation zwischen Wählern und Gewählten, Bürgern und Parteien, die ich an anderer Stelle im deutsch-italienischen Vergleich ausgewertet habe.⁷ Ich will hier einige Schlaglichter auf diese Deutungskämpfe werfen und werde mich dabei auf die Bundesrepublik konzentrieren. Ziel ist es aufzuzeigen, wie weit die Vorstellungen demokratischer Praktiken im Alltagsverständnis der Zeitgenossen von den Konzeptionen entfernt sein konnten, die wir heute mit ‚Demokratie‘ und ‚demokratischer‘ Praxis verbinden – und wie national sie gerahmt waren. Es geht mir damit auch um eine Problematisierung des Demokratisierungsnarrativs, das die Geschichte der Bundesrepublik seit den 1990er Jahren durchwirkt: Ihre teleologische Perspektive auf eine Ankunft der Deutschen in ‚der‘ westlichen Demokratie setzt nämlich die Existenz scheinbar universaler ‚demokratischer‘ Werte und Praktiken voraus, die ‚internalisiert‘ oder ‚erlernt‘ wer-

den könnten. Diese zu *verhandeln* stellte aber, so meine These, die eigentlich demokratische Praxis in der Alltagswelt der Nachkriegsdekaden dar – und tut dies höchstwahrscheinlich bis heute.

I. Zur zeitgeschichtlichen Analyse ‚demokratischer‘ Praktiken

Zeithistoriker haben mit Blick auf die Nachkriegsdemokratie bislang kaum Versuche unternommen zu definieren, was analytisch im Alltag unter demokratischen Praktiken zu verstehen sei. Vielmehr operierte die westdeutsche Zeitgeschichte über Jahrzehnte mit einer impliziten Demokratiedefinition, die im Grunde dem entsprach, was man sich im Kalten Krieg unter westlicher Demokratie vorstellte: eine kapitalistische, pluralistische, repräsentative Demokratie, wobei Demokratie hier vor allem die institutionelle und rechtliche Ordnung meinte. Ob sich die Deutschen mit dieser Staatsform und Institutionenordnung zu arrangieren begannen, war die Kardinalfrage bundesrepublikanischer Gesamtdarstellungen. Als Quellen dienten häufig demoskopische Umfrageergebnisse, und die Frage, wie demokratisch die Deutschen gesinnt waren, las man vor allem daran ab, wie viele der von Sozialwissenschaftlern befragten Deutschen auf die Frage, ob sie die Demokratie für eine gute Staatsform hielten, mit „ja“ antworteten.

Natürlich aber hatten und haben Historiker gewisse Werte vor Augen, die sie als Indikatoren einer demokratischen Gesinnung oder auch eines demokratischen Verhaltens betrachten. Dazu zählen: Toleranz, die Wahl friedlicher Formen der Konfliktaustragung sowie „Zivilität“, womit Konrad Jarausch im Grunde Antimilitarismus meinte, schließlich die Anerkennung des gesellschaftlichen Plura-

⁶ Vgl. Paul Nolte, Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012.

⁷ Vgl. Claudia C. Gatzka, Die Demokratie der Wähler. Stadtgesellschaft und politische Kommunikation in Italien und der Bundesrepublik 1944–1979, Düsseldorf 2019.

lismus und eine daraus folgende Konfliktbereitschaft.⁸ Nun will ich nicht sagen, dass diese genannten Werte nichts mit Demokratie zu tun hätten oder analytisch nicht trügen – ich meine allerdings, dass sie sehr weich, bisweilen schwammig sind und sich dadurch im Alltagshandeln und in der politischen Kommunikation als sehr umstrittene und eben breit anschlussfähige Tugenden erweisen. Kurz gesagt: Die Werte, die wir analytisch als ‚demokratisch‘ zu fassen versuchen, sind empirisch einfach nicht immer bei jenen anzutreffen, die sich als ‚demokratisch‘ verstehen – und umgekehrt.

Der heuristische Schluss, den ich daraus ziehe, ist folgender: Ich untersuche Praktiken der ‚Demokratie‘ zum einen als Aushandlungen über den konkreten Gehalt und die konkreten Phänomene des zeitgenössisch so bezeichneten „Demokratischen“. Zum anderen analysiere ich gewisse Grundkonflikte, die – das ist nun die analytische Setzung meines Zugangs – repräsentative, parlamentarische Systeme, die sich selbst als Demokratien beschreiben, seit dem 20. Jahrhundert (als einer Ära medialisierter Massenpolitik) auszeichnen. Da ist erstens der Grundkonflikt zwischen Repräsentierenden und Repräsentierten, ein Dilemma der parlamentarischen Demokratie, die politische Partizipation in gewisse Bahnen lenken muss, um den Bürgerwillen im Parlament abzubilden. Der Konflikt darum, wie gut die Gewählten die Wählenden vertreten, begleitet die Bundesrepublik wie

⁸ Konrad H. Jarausch, *Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995*, Lizenzausg. Bonn 2004, S. 182; Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk, Einleitung: *Transatlantische Mittler und die kulturelle Demokratisierung Westdeutschlands 1945–1970*, in: dies. (Hg.), *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970*, Göttingen 2005, S. 11–37, hier S. 13.

andere Demokratien beständig, und wie Zeitgenossen ihre Demokratie einschätzten, kreiste häufig um diese Frage. Der zweite Grundkonflikt ist jener um mehr oder weniger Politisierung. Wieviel Politik, wieviel Partizipation, wieviel öffentliche Problematisierung sozialer und gesellschaftlicher Teilaspekte erwünscht und aushaltbar war, und welche Bereiche des persönlichen und privaten Lebens zu „politischen“, also öffentlich zu behandelnden und staatlich zu regulierenden Fragen wurden, waren zentrale Fragen in der Massendemokratie.

Eine gewisse progressive Lesart in der Geschichtswissenschaft neigt dazu, ein Mehr an Politisierung in der Demokratie positiv zu deuten, doch die Mehrheit der Zeitgenossen konnte das anders sehen. Denn die Politisierung eines Themas oder eines Problems stellt stets Machtstrukturen und die damit verbundenen Werte zur Disposition und macht sie zum Objekt gesellschaftlicher Aushandlung. Darauf reagierten nicht nur Konservative oder Liberale mit starken Vorbehalten; Politisierung hat in der Alltagswelt von Demokratien stets den Effekt, dass manche sich in der ‚freien‘ Ausübung ihres persönlichen Lebens gestört oder gar bevormundet fühlen. Dieser Reflex war nach den Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts besonders ausgeprägt, denn seither konnten Zeitgenossen immer gut argumentieren, dass individuelle Freiheit gegenüber den Zumutungen der Politik eine höhere Geltung besitze. Deshalb übrigens wurden (und werden) Linke oder Progressive, die auf die Politisierung und gesellschaftliche Aushandlung breiter Lebensbereiche drängen, von Zeitgenossen häufig in die Nähe zum Nationalsozialismus gerückt, obwohl sie programmatisch am anderen Ende der politischen Skala operierten.

Das dritte Grundproblem, das ich ausmache, ist die Frage, wieviel Konflikt in der Gesellschaft, vor allem in der politischen Kommunikation erwünscht ist und ausgehalten werden kann. Es mag sein, dass Demokratie immer etwas mit Streit zu tun hat – aktuell wieder ein großes Schlagwort in der öffentlichen Demokratiedebatte. Doch man kann ja genauso gut umgekehrt argumentieren, dass Demokratie auch immer etwas mit Versöhnung und Kompromiss zu tun hat. Wie weit man also die Streit- und Konfliktbereitschaft treibt, und vor allem: in welche Praktiken sie dann gegossen werden kann, ohne dass es zu Spaltungen oder gar zu Gewalt kommt – das sind äußerst schwierige Fragen.

Für die Bundesrepublik nun ist noch ein vierter Grundkonflikt zu benennen; ein Spezifikum der postnationalsozialistischen Demokratie, die im Zeichen der *reeducation* und *democratization* gegründet worden war: Er kreist um den Stellenwert der politischen Erziehung, die Westalliierte, Intellektuelle und politische Eliten den deutschen Wählerinnen und Wählern angedeihen ließen. Der aktuelle Diskurs um „Bevormundung“ aus dem linksgrünen Lager, der einen Teil der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit mobilisiert, verweist auf diese historisch gewachsene Frontstellung zwischen dem „Mann auf der Straße“, wie er sich in den Selbstzeugnissen der 1940er und 1950er Jahre nannte, und einer pädagogisch orientierten Elite, die die politische Kommunikation seit den Anfängen der Bundesrepublik strukturiert. In diesen Auseinandersetzungen wurde der Deutungskampf um das Demokratische besonders intensiv geführt; und oftmals waren es die intellektuellen und politischen Eliten, die recht apodiktisch formulierten, was Demokratie zu bedeuten habe – während ihre Publika ihnen

häufig mit trotzigem Verweis darauf, das „Volk“ zu sein, widersprachen.

Viele der Probleme, die aktuell eine ‚Krise‘ der repräsentativen Demokratie und ihrer Öffentlichkeit anzuzeigen scheinen, sind also genauer besehen eminenten Teil politischer Kommunikation seit 1945. Dass die Geschichtswissenschaft sie bislang kaum untersucht hat, weil sie ebenso wie die Politikwissenschaft auf der Suche nach Indikatoren, Parametern und Erklärungen für den ‚Erfolg‘ bundesrepublikanischer Demokratisierung war, trägt zur aktuellen Untergangsstimmung bei. Die Analyse demokratischer Praktiken als politische Konfliktpraktiken in pluralistischen Gesellschaften, wie ich sie hier vorgeschlagen habe, und die Aufmerksamkeit für die umkämpften Deutungen darum, was „Demokratie“ jeweils bedeuten sollte, kann dazu beitragen, aktuellen Herausforderungen ein ganzes Stück ihrer Dramatik zu nehmen – und schützt vor neuen apodiktischen Definitionen der ‚Demokratie‘, wie sie derzeit florieren, ohne dass der historischen Wandelbarkeit und Multiperspektivität dieses Konzepts immer Rechnung getragen würde.

II. Was „demokratisch“ ist: Historische Deutungskämpfe in der Bundesrepublik und in Italien

Was genau die „Demokratie“ und was „demokratische“ Praktiken waren, war den deutschen Zeitgenossen in den Nachkriegsjahren alles andere als klar. Manche Beobachter glaubten, allein der Untergang der Diktatur bringe bereits die Anwesenheit der Demokratie mit sich, und meinten deshalb, alle Umtriebe, die sie in den zerstörten Nachkriegsstädten beobachteten, insbesondere die wachsende Kriminalität, unter Demokratie subsumieren zu können. Demokratie verwies hier

auf Unordnung, und das war für deutsche Zeitgenossen der 1940er Jahre durchaus plausibel, denn in den 1920er Jahren hatten sie die Republik als Hort der Kleinkriminalität, der Hyperinflation, der Korruptionsskandale, der Umsturzversuche und der politischen Gewalt kennengelernt.⁹ Dass die Demokratie in der Wahrnehmung für ein ungeordnetes Gemeinwesen stand, hatte in den 1930er Jahren gerade den Appeal der Diktatur ausgemacht, die versprach, effizienter für Ordnung zu sorgen. Daraus folgte, dass „demokratisches“ Handeln in den Augen vieler Zeitgenossen nach 1945 gerade nicht notwendig ein Handeln im Sinne von Ruhe, Ordnung und Moralität meinte.

In Italien, wo das Konzept der Demokratie nach Ende des Krieges ebenso wenig eindeutig war, setzten die neuen politischen Parteien, die aus *Resistenza* und Bürgerkrieg als neue lokale Potentaten hervorgingen, relativ deutliche Akzente vor Ort, um den Italienerinnen und Italienern zu verdeutlichen, was sie unter Demokratie verstanden. Das bedeutete vor allem: Nahrungsmittel zu sichern, die Fabriken wieder zu eröffnen und damit Arbeitsplätze zu schaffen, Versammlungen einzuberufen und die Bürger nach den dringendsten Nöten und Bedürfnissen zu fragen, und schließlich: durch eigene ersatzpolizeiliche Funktionen für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, in Zusammenarbeit mit der schwachen Polizei. Was demokratisches Handeln bedeuten sollte, konnten die Italiener so in ihren Nachkriegsstädten ganz konkret durch die Hand neuer demokratischer Parteien erleben, denen die alliierten Besatzer viel Freiraum ließen, auch und gerade für die öffentliche Selbstdarstellung in der Presse. In West-

deutschland hingegen waren all die eben genannten Funktionen des lokalen Ordnung-Stiftens in der Hand der alliierten Militärregierungen, und weil es sich um fremde Besatzer handelte, konnten die Westdeutschen darin schwerlich „demokratisches“ Handeln erblicken.

Eine frühe problematische Wendung erhielt die Praxis der Demokratie in Westdeutschland sodann im Zuge der Erfahrungen mit der Entnazifizierung. Reinhold Maier, Ministerpräsident Württemberg-Badens von der Demokratischen Volkspartei, wettete 1946 in einer Rede in Göppingen gegen die Praxis der Spruchkammern: „Wer ist überhaupt ein demokratischer Mann und was ist eine demokratische Partei? Ein Antinazi ist noch lange kein Demokrat; denn wer das Gegenteil des Nationalsozialismus will, der will hiermit noch nicht die Demokratie. [...] Genau auf denselben Stelzen der Nazis schreitet der Überantinazi einher, genau so herrschsüchtig, genau so egoistisch ist er, genau so fanatisch“.¹⁰

Worüber Maier sich echauffierte und damit vielen Deutschen aus dem Herzen sprach, war nicht nur die Praxis der Militärregierungen, sondern auch die der Sozialdemokraten, die die rigorose Entfernung einstiger NSDAP-Parteigenossen aus den Ämtern, Behörden und der Privatwirtschaft unterstützten. Das bedeutete in der Wahrnehmung der Vielen, ohne genaue Prüfung der persönlichen Beweggründe pauschal auf der Grundlage von Parteizugehörigkeit über das Schicksal eines Menschen zu entscheiden. Viele Deutsche, darunter auch Sozialdemokraten an der Basis,

⁹ Vgl. Malte Zierenberg, *Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939–1950*, Göttingen 2008.

¹⁰ Zit. n. Hansmartin Scharzmaier (Bearb.), *Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahr 1945 in Dokumenten und Bildern*, Karlsruhe 1975, S. 214.

differenzierten aber mittlerweile – ob nun mit Recht oder nicht – zwischen der formalen Parteizugehörigkeit und der individuellen Schuld der Betroffenen. Es konnte in der Anschauung der meisten Deutschen schlichtweg ‚gute‘ Nazis geben, die in den 1930er Jahren in die Partei eingetreten waren, um ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren oder ihre Familien keinen Risiken auszusetzen, und es konnte umgekehrt in der Wahrnehmung der Deutschen viele Nicht-Parteimitglieder geben, die dennoch überzeugte Mitläufer gewesen waren.

Indem aber Sozialdemokraten vielerorts für ein formales Vorgehen eintraten, was hieß, alle NSDAP-Mitglieder aus ihren Positionen zu entfernen, und dies in den Dienst der „Demokratie“ stellten, handelten sie in den Augen vieler Deutschen eben gerade nicht „demokratisch“, wie Reinhold Maier betonte. Vielmehr war es „fanatisches“ Handeln, was Zeitgenossen hier als Begriff bemühten, also Handeln streng entlang der Parteilogik.¹¹ Wenn man wollte, könnte man hier durchaus den Ruf der Zeitgenossen nach Toleranz erkennen: Toleranz eben auch gegenüber einstigen Parteigenossen. Ganz in diesem Sinne konnten CDU und CSU mit ihrem pragmatischeren Ansatz im Umgang mit Ex-„Pgs“ durchaus den ‚vernünftigeren‘ Eindruck hinterlassen, während die Sozialdemokraten aus ihrer moralischen Überlegenheit als selbsterklärte Verteidiger der Demokratie und „Toleranz“ gegen den Nationalsozialismus unter der westdeutschen Wählermehrheit kein Kapital schlagen konnten.¹² Das von den Christ-

demokraten geschickt auch im Wahlkampf propagierte Bild eines vernünftigen, besonnenen, keine Rachegeleüste hegenden Umgangs miteinander konnte bis in die 1960er Jahre am ehesten als ein im Sinne der jungen westdeutschen Demokratie ‚gutes‘ Handeln gelten – mit der Einschränkung, dass Kommunisten aus diesem Diskurs der Toleranz entschieden ausgeschlossen wurden.¹³

Es gab noch eine zweite Folge der Entnazifizierungserfahrung, die sich für das westdeutsche Verständnis von demokratischem Handeln als problematisch erwies. Das alliierte *Reeducation*-Programm wollte den Deutschen das Konzept der Selbstregierung schmackhaft machen, am besten durch lokales Engagement, wie es die Amerikaner aus ihrer eigenen Demokratie kannten. Doch was das Grundgesetz festschrieb, dass nämlich Parteien zentral an der politischen Willensbildung mitwirken sollten, legte den Partizipationseifer vieler Deutscher geradezu lahm. Das lag nicht so sehr an der NS-Erfahrung selbst, als Abermillionen Deutsche in der NSDAP und den ihr angeschlossenen Verbänden organisiert gewesen waren, sondern an der Wahrnehmung, im Zuge der Entnazifizierung dafür *bestraft* worden seien, sich parteipolitisch engagiert zu haben. Noch einmal in eine Partei einzutreten, so die Lehre zahlreicher Deutscher nach 1945, diesen Fehler würden sie nicht mehr begehen, weil sie nicht wüssten, ob sie beim nächsten Systemumbruch nicht wieder dafür bestraft würden. Dass politische Partizipation auch künftig an Parteien nicht vorbeikam,

¹¹ Vgl., auch zum Folgenden, Gatzka, *Demokratie der Wähler*, S. 108–112, 290–293. Auch die im Weiteren hier cursorisch behandelten Befunde sind eingehender dort nachzulesen.

¹² Vgl. eingehend dazu Kristina Meyer, *Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990*, Göttingen 2015.

¹³ Vgl. Till Kössler, *Die Grenzen der Demokratie. Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis in der frühen Bundesrepublik*, in: Stefan Kreuzberger/Dierk Hoffmann (Hg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 229–250.

blieb ein zentrales Problem der Westdeutschen mit ihrer neuen Demokratie. Denn Parteien galten in den Augen vieler Wählerinnen und Wähler als geradezu antidemokratische, straff organisierte Organisationen, wobei ausgerechnet der SPD mit ihrer eingeforderten ‚Parteidisziplin‘ in eine gewisse Nähe zur NSDAP gerückt wurde. Was „demokratisch“ war, darüber schieden sich gerade zwischen Sozialdemokraten und anderen Westdeutschen die Geister.

Dass die parlamentarische Demokratie eine Parteiendemokratie war, beklagten Wählerinnen und Wähler sowie Journalisten und Publizisten immer wieder auch anlässlich von Wahlen. Anstelle von Parteien hätten sie lieber einfach gleich die Regierung gewählt, eine Regierung aus kompetenten Persönlichkeiten. Man stellte sich Politik *idealiter* als eine Teamveranstaltung vor und nicht als ein Parteigeschäft, das von widerstreitenden politischen Interessen durchdrungen war. Darin zeigt sich die sehr verhaltene Konfliktbereitschaft und Pluralismusfreude der Bundesrepublik bis Ende der 1960er Jahre, aber in mancher Hinsicht auch darüber hinaus.

Dies war in Italien ganz anders, wo der hart inszenierte Streit, die Polemik zwischen den Parteien, der Wettkampf nachgerade als Motoren des Interesses an Wahlen und der großen Politik fungierten. Dass demokratische Praxis selbstredend konfliktthafte Praxis war, die Nation *spaltete* und zu Streit und heftigen Auseinandersetzungen führen konnte, das war für das Gros der Italiener kein großes Problem, für westdeutsche Wähler und Journalisten dagegen durchaus. Erst in den 1970er Jahren sollten sie eine stärkere Konfliktbereitschaft an den Tag legen, aber auch diese blieb eingehegt. Raum für wirklich beherzten Streit hat die politische Alltagskommunikation in der Bundesrepublik nur selten

gegeben; auch in polarisierten Zeiten wie in den 1970er Jahren trafen sich gegnerische politische Lager kaum zum offenen Streitgespräch, auch wenn die politischen Kommunikationsformate dies insinuierten. Die Logik parteipolitischer Selbstdarstellung, die stets auf maximale Konsensinszenierung ausgerichtet ist, lief diesem Ideal demokratischer Deliberation zuwider.

In der Tat jedoch hat die „Diskussion“ in der Bundesrepublik als pädagogische Königsdisziplin „demokratischer“ Alltagspraxis eine steile Karriere gemacht, wie Nina Verheyen und Andreas Schulz gezeigt haben. Offensiv betrieben und verbreitet von der amerikanischen Militärregierung, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, Hörfunk- und TV-Formaten¹⁴, waren es ausgerechnet die politischen Parteien und Politiker als Repräsentanten des Wahlvolks, die sich der Diskussion mit Wählerinnen und Wählern lange versperrten – ein Spezifikum urbaner politischer Kommunikation, auf dem Land konnte es auf Wahlversammlungen anders aussehen. Doch auch Wählerinnen und Wähler verstanden das Diskutieren in den 1950er und 1960er Jahren nicht unbedingt als Kardinaltugend ihrer Demokratie, die sie durchgesetzt wissen wollten. Erst mit dem Ereignis ‚1968‘ setzte sich in Westdeutschland wie in Italien eine Diskussionsmanie durch, die diese Praxis als „demokratische“ Tugend markierte. Wer sich fortan als besonders „demokratisch“ erweisen wollte, warb mit seiner Diskussionsbereitschaft – die

¹⁴ Nina Verheyen, Diskussionslust. Eine Kulturgeschichte des „besseren Arguments“ in Westdeutschland, Göttingen 2010; Andreas Schulz, Politische Parallelwelten – Öffentliche Gesprächsarenen und parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, 1949-1980, in: Marie-Luise Recker/ders. (Hg.), Parlamentarismuskritik und Antiparlamentarismus in Europa, Düsseldorf 2018, S. 185–219.

Diskussion wurde so zu einem Marker der „Modernität“ und zu einer Ressource politischer Kommunikation im Kampf um Wählerstimmen und um die Rolle als wahrhaft „demokratische“ Kraft im Land.

Was dagegen in der Bundesrepublik lange nicht explizit als „demokratische“ Praxis galt, war der Verzicht auf Gewalt. In den 1950er Jahren konnten westdeutsche Wahlversammlungen noch in Saalschlachten münden, Handgreiflichkeiten im Wahlkampf waren keine Seltenheit, in den späten 1960ern und 1970ern fielen sogar Revolverschüsse im Wahlkampf – doch die politische Öffentlichkeit der Bundesrepublik blieb stets eigentümlich unberührt. Einen problematisierenden Diskurs um physische Gewalt, der diese eindeutig als „undemokratisch“ oder „antidemokratisch“ gebrandmarkt hätte, gab es mit Blick auf das politische Alltagshandeln vor Ort eigentlich nie; er beschränkte sich auf den Linksterrorismus der 1970er und 1980er Jahre.

Auch hierin ist ein bedeutender Unterschied zur jungen Republik Italien festzustellen, wo in den 1940er und 1950er Jahren ein intensiver, meist lokal geführter Diskurs um „demokratische“ Praktiken geführt wurde, der selbst an kleinsten Akten politischer Gewalt (meist Faustkämpfen) Anstoß nahm. Was die Demokratie – in Abgrenzung zum als gewaltaffin beschriebenen Faschismus – an „Toleranz“ und „Zivilität“ gebot, war in italienischen Städten der 1940er und 1950er Jahre regelrecht Stadtgespräch. Dies hing sicherlich mit einer sehr emotionalen, körperlichen politischen Kultur zusammen, deren Gewalthaftigkeit durch solche lokalen Regeldiskurse jedoch sehr schnell eingehegt werden konnte. Das Gewaltniveau war in der Bundesrepublik sicherlich geringer, doch bemerkenswert ist hier eine persistente Schweigsamkeit über

Zwischenfälle körperlicher Art im Kontext politischer Auseinandersetzungen, eine spezifische Inkommensurabilität von „Demokratie“ und körperlichen Handlungen im öffentlichen Diskurs.

Erst in den späten 1960er Jahren tauchte „Demokratie“ überhaupt als Begriff und Konzept politischer Alltagskommunikation in der Bundesrepublik auf, und dazu brauchte es den Auftritt vermeintlicher ‚Feinde‘ der demokratischen Ordnung von links wie von rechts. Als die Außerparlamentarische Opposition und Vertreter der NPD sich auf Kundgebungen gegenübertraten, Brandbomben und Faustkämpfe ins Arsenal des Wahlkampfes Eingang fanden, eigneten sich westdeutsche Wählerinnen und Wähler – und ihnen nachfolgend auch Politiker – den Demokratiebegriff an und begannen, „demokratische“ Praktiken genauer zu definieren. Die Geister schieden sich jedoch auffällig, insbesondere hinsichtlich der Frage, wieviel „Toleranz“ den „Gegnern“ der Demokratie gebührte und worin genau sich diese Gegnerschaft eigentlich manifestierte.

Westdeutsche waren, vielleicht noch mehr als Italienerinnen und Italiener, stets uneins, wenn es um das Verständnis ‚demokratischer‘ Praktiken ging. Doch die Hegemonie in solchen Definitionsfragen konnte, wenn sie zum Gegenstand politischer Kommunikation wurden, durchaus darüber bestimmen, wer als die „demokratischste“ Kraft gelten durfte und so eventuell auch Wahlen gewann. Die Demokratiegeschichte der Bundesrepublik stärker als eine Geschichte dieses Deutungskampfes zu erzählen, der an der Basis der Gesellschaft ebenso ausgefochten wurde wie in den Massenmedien und im Bundestag, würde helfen, die Essenz demokratischer Systeme jenseits von Erfolgsnarrativen und Ankunftserzäh-

lungen analysierbar zu machen: ihre Pluralität.

Zitation:

Claudia C. Gatzka: Praktiken der ‚Demokratie‘. Über ein Problem politischer Kommunikation nach 1945, in: HEUSS-FORUM 1/2019, URL: www.stiftung-heuss-haus.de/heuss-forum_1_2019.